



Michael Werz

Länderanalyse USA: Das Ende des amerikanischen Jahrhunderts?

■ Die Präsidentschaftswahlen spiegeln Veränderungen, deren politische Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Am 4. November standen nicht nur zwei Kandidaten zur Wahl, es war zugleich eine Auseinandersetzung über das amerikanische Dilemma der Rassendiskriminierung.

■ In den 90er Jahren fand eine Konsolidierung bei den Demokraten statt, durch die traditionelle Flügelkämpfe beendet und die Partei auf die sozialliberalen Positionen der Clinton-Ära verpflichtet wurde. Auf dieser Basis war es Barack Obama möglich, seine progressive Forderung nach »Change« erfolgreich mit wertkonservativen Argumenten zu verknüpfen.

■ Die Republikaner drohen zur Partei des alten Amerika zu werden; überaltert, weiß, rural und ohne Führungspersonlichkeiten, welche die disparate Basis zusammenführen können. Was die politische Partizipation der schnell wachsenden Minderheiten angeht, sind die Republikaner wieder auf dem Stand von 1964 angekommen.

■ Die Wirtschafts- und Finanzkrise unabsehbaren Ausmaßes droht drei wichtige innenpolitische Themenfelder zu verdrängen, in denen die neue Administration sich beweisen muss: Gesundheitsversorgung, Energiepolitik und Migrationsreform.

■ Die neue Administration wird die außenpolitische Ausrichtung fortsetzen. Obama wird versuchen, die europäischen Verbündeten zu mehr geopolitischer Verantwortung zu bewegen.

Januar 2009

Inhalt

Epochenwechsel: Das Phänomen Barack Hussein Obama.....	2
Die Konsolidierung der Demokratischen Partei in den 90er Jahren	4
Wahlkampf 2.0 – Minderheiten und Erstwähler	5
Strategische Herausforderungen für die Republikanische Partei.....	6
Innenpolitische Baustellen: Wirtschaft, Gesundheitsversorgung, Energiepolitik, Migration.....	9
Das Ende der Freihandelsära: Ökonomie und internationale Politik.....	10
Außenpolitische Neuausrichtung und transatlantischer Ausblick	12

Epochenwechsel: Das Phänomen Barack Hussein Obama

Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten wird das Selbstverständnis der USA verändern. Dies gilt nicht nur für die anstehende politische Neuorientierung, mindestens ebenso wichtig sind kulturelle Entwicklungen sowie Veränderungen im parteipolitischen Spektrum, die sich in seinem Erfolg ausdrücken. Wer die zu erwartenden Konsequenzen der historischen Wahl des Jahres 2008 abschätzen will, der muss den Weg kennen, auf dem Barack Obama ins Weiße Haus gelangt ist.

Die Schockwellen, die seine Nominierung auslöste, waren für die meisten Amerikaner ebenso unerwartet und überwältigend wie für die politischen Zaungäste der restlichen Welt. Am 3. Juni 2008 erreichte der kometenhafte Aufstieg von Barack Obama seinen vorläufigen Höhepunkt, nämlich als er sich vor über 17 000 begeisterten Anhängern in Minnesota zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten erklärte. Nach einer nicht enden wollenden Serie von Vorwahlen hatte die Abstimmungen an einem Dienstagabend in Süd-Dakota und Montana die Entscheidung gebracht. Der Kandidat sprach über den undenkbaren Augenblick, der nach anderthalb Jahren politischer Kampagne gekommen war und prägte einen Ausdruck, der die euphorische Stimmung auf den Punkt brachte: »America, this is our moment«. Es war in der Tat ein »amerikanischer« Moment, der über das sensationelle politische Ereignis hinauswies. Denn im Juni 2008 schloss sich mit der Nominierung eines schwarzen Präsidentschaftskandidaten ein historischer Kreis, welcher 389 Jahre zurückreicht – bis zum Beginn der Sklaverei auf nordamerikanischem Boden. In diesem Moment war allen Beteiligten, ob konservativ oder fortschrittlich, klar, dass bei den Wahlen am 4. November die Amerikanerinnen und Amerikaner Geschichte schreiben konnten, indem sie mit ihr brachen. Frank Sesno brachte auf CNN zu bester Sendezeit mit einem denkwürdigen Satz die Stimmung auf den Punkt: »Wir sind als Gesellschaft an diesem Ort noch nie gewesen.«

Die Tragweite der Entscheidung vom 4. November ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen und weist über die Bedeutung des Politikers Barack Obama hinaus. Seine Wahl zum Präsidenten verändert den Blick zurück auf die amerikanische Geschichte und eröffnet zugleich neue Perspektiven für die Zukunft. Die Erbsünde der Sklaverei und der Rassendiskriminierung war über

Jahrhunderte hinweg eine schreiende Verletzung des Glückversprechens der Unabhängigkeitserklärung sowie der Partizipationsgebote der Verfassung. Alexis de Tocqueville schrieb in seinem legendären Bericht über die »Demokratie in Amerika« im Jahr 1853, dass selbst die Abschaffung der Leibeigenschaft das Rassenvorurteil nicht beseitigen würde, denn es sei »unveränderlich«. Diese Einschätzungen sind nach dem Wahltag des 4. November 2008 nicht widerlegt, aber relativiert. Das Ergebnis signalisiert einen Fortschritt, für den viele Amerikaner gekämpft, auf den sie gehofft und an den sie doch oft nicht geglaubt haben. Es setzte ein ungeheures Kraftfeld frei, das sich in Worten kaum angemessen beschreiben lässt.

Als Barack Obama gegen elf Uhr nachts zum Sieger der Wahlen erklärt wurde, brachen die Dämme. Es war, als ob das ganze Land erst einen kollektiven Seufzer der Erleichterung tat, unbeschreiblich bewegende emotionale Szenen waren überall zu sehen. Dann folgte eine Party kontinentalen Ausmaßes, mit der die Nacht zum Tage gemacht wurde. In den Morgenstunden, als die Feier zu Ende war, standen die Amerikaner zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden Schlange – diesmal nicht vor dem Wahllokal, sondern am Kiosk. Innerhalb weniger Stunden waren im ganzen Land die Zeitungen ausverkauft und viele Verlagsleiter warfen die Druckpressen noch einmal an, um hunderttausende Ausgaben nachzudrucken. Am 4. November 2008 war Geschichte geschrieben worden und alle, die Teil daran hatten, wollten das Ereignis schwarz auf weiß dokumentiert sehen.

Die Angelegenheit ist jedoch komplizierter als sie auf den ersten Blick erscheint, denn Barack Obama hat keine eindeutige Herkunft. Er ist in Kansas, Indonesien und Hawaii aufgewachsen, als Sohn einer weißen Mutter und eines Vaters aus Kenia gehört er zu einer neuen Gruppe von Amerikanern. Er ist nicht allein; der Zensus des Jahres 2000 war an die Realitäten des Landes angepasst worden und die Befragten konnten erstmals mehr als eine ethnische Kategorie (White, Black, Hispanic, Asian) ankreuzen. Sechs Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner machten davon Gebrauch. Von der *New York Times* auf seine undefinierbarkeit hin angesprochen sagt Obama: »Ich bin ein Rorschach-Test; selbst wenn die Leute mich enttäuschend finden, haben sie vielleicht doch etwas davon.« Er ist nicht nur der erste schwarze Präsident der USA, sondern auch der 44. weiße Präsident.

Natürlich gilt oft noch die alte Gleichung »schwarz plus weiß gleich schwarz«, aber Barack

Obamas Biographie weist über diese traditionelle amerikanische Farb- und Konfliktkonstellation hinaus. Einen »Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte« nannte der ehemalige Kongressabgeordnete Walter F. Fauntroy die Kandidatur, an deren Ende ein neuer Gesellschaftsvertrag stehen könnte, in dem Rasse, Glaube und Hautfarbe nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Solche Sätze idealisieren, aber sie spiegeln zugleich eine veränderte Alltagskultur. Für die jungen Unterstützer Barack Obamas an High Schools und Universitäten sind solche Formulierungen weder überraschend noch weit hergeholt. Die Generation der Zwanzigjährigen ist in der heterogensten Gesellschaft der Weltgeschichte aufgewachsen – im Bewusstsein, ein Teil davon zu sein. Der Harvard-Soziologe Orlando Patterson hat für diese neue Altersgruppe den klugen Begriff der »ökumenischen Kultur« geprägt, eine Kultur, die unbewusst heterogen ist. Für die neue Generation ist von irgendwoher zu kommen und verschieden auszusehen nicht die Ausnahme, sondern die Norm; in einer Stadt wie New York machen Einwandererkinder über 60 Prozent der unter Achtzehnjährigen aus und die Situation ist in vielen anderen Großstädten ähnlich. Für die ältere Generation ist das Bild ein anderes: Wer sich an die Bürgerrechtsbewegung und die nur ein halbes Jahrhundert zurückliegenden, oft gewalttätigen Auseinandersetzungen erinnert, kann ermesen, dass Barack Obama dabei ist, die Karten in den USA neu zu verteilen. Die in seiner Person sinnbildliche Erkenntnis, dass die Mischung von Schwarz und Weiß sich nicht ausschließt, übersetzt sich umgehend in Politisches. Die sonst extrem zurückhaltende Außenministerin Condoleezza Rice sagte unter dem Eindruck seiner Nominierung, dass »die USA ein außergewöhnliches Land ist, das zwei Jahrhunderte gebraucht hat, um seine Prinzipien zu verwirklichen.« Im gleichen Atemzug fügte sie mit Blick auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 hinzu, dass »die Formulierung *Wir das Volk* endlich beginnt, uns alle einzuschließen.«

Aber Barack Obama ist kein Afroamerikaner der alten Garde. Sein Wahlkampf war weit entfernt von traditioneller Bürgerrechtsrhetorik der schwarzen Wortführer wie Stokely Carmichael, Al Sharpton oder Jesse Jackson. Obama ist undefinierbar, ein wandelndes Fragezeichen, weil Aussehen und Herkunft miteinander in Widerspruch zu stehen scheinen. Denn wenn er einen Raum betritt, dann sieht kaum jemand einen post-ethnischen

Kandidaten. Das entspricht auch seinen Lebenserfahrungen in den südlichen Stadtteilen Chicagos; gefragt, ob er dort als Schwarzer wahrgenommen wurde, antwortet er ironisch: »So weit ich das beurteilen kann, ja.« Andererseits repräsentieren seine familiären Erbschaften auf beiden Seiten der Farbgenze die amerikanische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Der Journalist James Burnett hat auf einen interessanten Punkt aufmerksam gemacht: »Wenn Barack Obama nicht als gemischt wahrgenommen wird, mindert sich die historische Bedeutung dessen, was er erreicht hat, denn es gab eine Zeit in unserem Land, da konnte man sich nicht als multi-ethnisch (*biracial*) identifizieren, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen.« Barack Obama kommt aus einem biographischen Niemandsland und seine ethnische Heimatlosigkeit stellt herkömmliche Wahrnehmungsmuster auf den Kopf – vielleicht für Schwarze noch mehr als für Weiße. In den ersten Wochen der demokratischen Vorwahlen führte Hillary Clinton bei schwarzen Amerikanern 60:20, ihr Gegenkandidat war gewöhnungsbedürftig für all jene, die es gewohnt sind, in unversöhnlichen Kategorien von schwarz oder weiß zu denken.

Vor diesen Hintergrund wird deutlich, wie hoch die Erwartungen im März 2008 waren, als sich Barack Obama in Philadelphia erstmals ausführlich zur Rassenfrage äußerte. »Wir haben unterschiedliche Geschichten, aber einen gemeinsamen Traum«, lautete eine der vielen eingängigen Formulierungen, »ich habe viele kleine Stücke Amerikas in mir«, eine andere. Geboren im August 1961 ist er nicht Teil, sondern Produkt der Bürgerrechtsbewegung. Er gehört zu einer Altersgruppe, die als erste universelle amerikanische Generation gelten kann. Rasse und Hautfarbe separierten noch, aber die Trennlinien waren brüchig und überschreitbar geworden. Barack Obama versucht, noch stockend und zuweilen unsicher, diese neue Erfahrung zu formulieren. Innerhalb von zwei Monaten wurde seine Rede »A More Perfect Union« – frei übersetzt: »Eine bessere Gesellschaft« – viereinhalb Millionen Mal bei YouTube abgerufen, mehr als 85 Prozent aller Amerikaner hatten einer Umfrage des Pew Centers zufolge von der Rede gehört. Der Titel ist der legendären Präambel der amerikanischen Verfassung entliehen. Das im Jahr 1787 geschriebene Dokument war nie lebendiger als an diesem Tag.

Ausgangspunkt der Rede war Barack Obamas Biographie, die ihn nach eigener Aussage »nicht

zum konventionellsten aller Kandidaten gemacht hat. Aber es ist eine Geschichte, die in mein genetisches Makeup eingebrennt ist; die Vorstellung, dass diese Nation mehr ist als die Summe ihrer Bestandteile – dass wir wahrhaftig Einheit aus Vielheit schaffen.« In dieser Konstellation liegt ein oft unheimlich anmutendes Moment der Transzendenz. Barack Obama ist in der Lage, seine persönlichen Erfahrungen mit denen von Weißen und Schwarzen zu verbinden und in politische Bilder zu übersetzen. Diese Fähigkeit macht ihn zu einem Kandidaten, der zugleich mehr symbolisiert als nur politische Positionen.

Die Konsolidierung der Demokratischen Partei in den 90er Jahren

Ein weiteres Moment ist wichtig, um den dramatischen Wahlerfolg zu erklären, der keineswegs nur dem rhetorischen und strategischen Geschick Barack Obamas und der Wirtschaftskrise zuzuschreiben ist. Sein innerparteilicher Erfolg war vor allem der Tatsache geschuldet, dass es keine relevanten Positionskämpfe gab. Das Nominierungsrennen bewies auf eindrucksvolle Weise, wie sehr sich die Partei in den vergangenen 15 Jahren verändert hat. Seit dem Zweiten Weltkrieg sorgten in vielen Vorwahlkämpfen publikumswirksame Auseinandersetzungen und politische Verwerfungen immer wieder für Aufsehen. Die Demokraten waren dafür bekannt, dass ihre Aktivisten sich bei der Kandidatennominierung für das wichtigste Amt der Welt regelmäßig in erbitterte Strömungskämpfe verstrickten. 2007 und 2008 war jedoch alles anders. Die demokratische Zeitschrift *The New Republic* machte ein wenig wehmütig darauf aufmerksam, dass politische Differenzen zwischen den führenden Kandidaten Hillary Clinton, John Edwards und Barak Obama kaum auszumachen seien. Auf allen wahlentscheidenden innenpolitischen Themenfeldern – Gesundheitspolitik, Umweltpolitik, Finanzpolitik, Irak – waren trotz erheblicher rhetorischer Bemühungen kaum Unterschiede erkennbar.

Diese unerwartete Dreieinigkeit hatte nicht nur damit zu tun, dass die politische Mitte der bevorzugte Aufenthaltsort aller Kandidaten war, oder dass nach acht Jahren überaus kontroverser Politik des Weißen Hauses sowie der selbstverschuldeten Niederlagen in zwei gewinnbaren Präsidentschaftswahlen die

Demokraten mit aller Macht zurück ins Oval Office wollten. Der fehlende inhaltliche Streit hat tiefer reichende Gründe, denn viele politische Stellungskämpfe wurden bereits in den 90er Jahren ausgefochten und schließlich beigelegt. So spiegelte der Vorwahlkampf einen umfassenden Konsolidierungsprozess innerhalb der demokratischen Partei, der auf die Politik von Bill Clinton zurückgeht. Seine beiden Amtszeiten von 1993 bis 2000 sind nicht nur wegen der längsten wirtschaftlichen Wachstumsperiode der Vereinigten Staaten (107 Monate) und dem größten Haushaltsüberschuss seit dem Zweiten Weltkrieg (2,4 Prozent) in Erinnerung. In dem prosperierenden Jahrzehnt wurden über vier Millionen Einwanderer eingebürgert, das Sozialhilfesystem gegen den Widerstand traditionalistischer Parteizirkel modernisiert und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) gegen den Widerstand einflussreicher Gewerkschaften durchgesetzt. Auch auf internationaler Bühne agierten die USA mit diplomatischen, politischen und militärischen Mitteln recht erfolgreich: Sie stabilisierten Bosnien und Kosovo, vermittelten das Karfreitagsabkommen in Irland, läuteten eine neue Ära der Beziehungen zu China ein und der Klimawandel stand weit oben auf der Tagesordnung.

Die Neuausrichtung während dieser acht Jahre hat die demokratische Partei in ihren Grundfesten verändert. Vielen Aktivisten waren die marktwirtschaftlichen Positionen Bill Clintons verdächtig und bis heute wird ihm gelegentlich vorgehalten, er habe die industriefreundliche Politik George Bushs erst ermöglicht und ihr den Weg bereitet. Bill Clinton dagegen geißelt die zurückliegenden acht Jahre der Bush-Regierung als »radikales Experiment extremistischer Innenpolitik«. Die Wahrheit liegt irgendwo zwischen diesen beiden Polen. Unbestritten ist jedoch, dass die Demokratische Partei in den 90er Jahren zu einer Stärke zurückfand, die sie vier Jahrzehnte lang eingebüßt hatte.

Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die Demokraten besonders in den Großstädten, aber auch in vielen ländlichen Regionen kaum zu schlagen. Eine erste Verschiebung hatte sich 1972 bei der Wiederwahl Richard Nixons gegen den linken Demokraten George McGovern abgezeichnet. Später verlor Jimmy Carter, trotz der enormen Schwächung der republikanischen Partei durch die Watergate-Affäre und den Vietnam-Krieg, das Weiße Haus bereits nach vier Jahren 1980

wieder an Ronald Reagan. Die Kandidatur von Jimmy Carters ehemaligem Vizepräsidenten Walter Mondale gegen Reagan im Jahr 1984 bescherte den Demokraten die fürchterlichste Wahlniederlage in ihrer Geschichte und zeigte, dass die Partei keine überzeugende Antwort auf Ronald Reagans Erfolg bei Mittelschichtwählern zu formulieren verstand.

Bill Clinton zwang die Demokraten, über Alternativen ihrer traditionellen Politik nachzudenken und entwickelte – mit Tony Blair und kurzzeitig mit Gerhard Schröder – die Strategie des »Dritten Weges«. So gelang es ihm, politische Positionen zu verändern, die sich oft noch am New Deal, der Antikriegs-Opposition oder der Bürgerrechtsbewegung der 50er Jahre orientierten. Diese Öffnung für die Ängste und Interessen moderner Mittelschichten haben viele Aktivisten dem ehemaligen Präsidenten nicht verziehen: »Clintonism« nennen sie das, was sie als Ausverkauf des Kernbestands demokratischer Politik auffassen. Die Gegenseite argumentiert nicht zu Unrecht, dass Bill Clinton die Partei vor dem Weg in die Bedeutungslosigkeit bewahrte und auf eine überaus erfolgreiche Zeit im Weißen Haus zurückblicken kann. Unter den drei demokratischen Kandidaten des Jahres 2007 wurden diese Kämpfe nicht mehr geführt, sie sind allesamt Parteigänger des »Clintonism«, auch wenn dies niemand eingestehen wollte. Hinzu kam, dass besonders im internationalen Bereich ausgesprochen wenig Spielraum existiert und globale Politik zunehmend von Faktoren geprägt wird, die nicht mehr im unmittelbaren Einflussbereich der USA liegen.

Dass Barack Obama sich gegen Hillary Clinton durchsetzen konnte, die noch im Spätherbst 2007 zwischen 20 und 30 Prozent Vorsprung vor ihm hatte, war bereits eine Sensation. Die harte Auseinandersetzung mit einer etablierten und politisch erfahrenen Gegnerin stärkte ihn für den landesweiten Wahlkampf mit John McCain. Die Symbolkraft seiner Person und seiner Kandidatur multiplizierte die Stärken der Kampagne und sein Sieg stärkte die Demokratische Partei in nahezu allen Bevölkerungsgruppen und Landesteilen. Barack Obama gewann eine Mehrheit der als konservativ geltenden Katholiken, Frauen wählten ihn in großer Mehrheit und er konnte über 90 Prozent der schwarzen Wähler auf sich vereinigen. Zwei Drittel der Latinos entschieden sich für ihn, er gewann selbst konservative Hochburgen wie North Carolina, Indiana und Nevada. Der Erfolg beruhte auf einer Reihe neuer Strategien, einer fehlerlosen landesweiten Kampagne über fast zwei Jahre

hinweg und einem astronomisch hohen Spendenaufkommen von über 750 Millionen Dollar. Barack Obama war nicht nur ein neuer, »unwahrscheinlicher« Kandidat, er hat auch die politische Kampftechnik der Wählermobilisierung auf ungeheuerliche Weise perfektioniert.

Wahlkampf 2.0 – Minderheiten und Erstwähler

Obamas Wahlkampfteam hat noch nie betretene Kommunikationswege beschritten, um junge Aktivisten in die Kampagne einzubinden, Interesse zu wecken, Spender anzusprechen und schließlich eine enorme Mobilisierung am Wahltag zu erreichen. Die amerikanische Geschichte mediengewandter und erfolgreicher Präsidenten reicht weit zurück. Abraham Lincoln, ein merkwürdig aussehender Mann mit Fistelstimme, erlangte überregionale Anerkennung, als seine politischen Reden in Tageszeitungen nachgedruckt wurden; Franklin D. Roosevelt war ein Meister des abendlichen Radiogesprächs und John F. Kennedy ließ seinen Gegenkandidaten Richard Nixon in den ersten Fernsehdebatten der US-Geschichte alt aussehen. Barack Obama hat die sozialen Dimensionen interaktiver Internetanwendungen politisch genutzt wie niemand zuvor. Es begann damit, dass er seine Kandidatur in einem eigenen YouTube-Kanal ankündigte, auf dem später über 1 200 Videos zur Verfügung standen und den täglich bis zu 45 Millionen Zuschauer nutzten. In einer Zeit, in der die Hälfte aller amerikanischen Wähler sich per Internet, Mobiltelefon und E-Mail mit politischen Informationen versorgt, setzte sein Wahlkampf neue Standards. Sein Team hat verstanden, dass das Internet kein Medium ist, in dem es so sehr auf Quantität und Omnipräsenz ankommt wie in den traditionellen Medien, sondern auf Interaktivität. Die Internetgemeinde der 20-Jährigen wurde gezielt und direkt angesprochen: Man rief Obama-Unterstützer dazu auf, Artikel positiv zu bewerten, damit sie in Suchmaschinen besser positioniert wurden als die der Konkurrenz; in interaktiven Plattformen von *FaceBook* über *MySpace* bis hin zum SMS Microblogging Service *Twitter* waren die Unterstützer Obamas aktiv und sorgten für tagesaktuelle Mund-zu-Mund-Propaganda.

Durch die kampagneneigene Internetseite *MyBarackObama.com* (hausintern »MyBo« genannt) konnten junge Aktivisten lokalen Obama-

Gruppen beitreten, eigene Veranstaltungen planen, sich auf Mailinglisten eintragen und selbst Rundsendungen organisieren. Es gab die Möglichkeit, persönliche Spendenseiten einzurichten, die nach dem Muster der in den USA populären philanthropischen Initiativen aufgebaut waren: Man setzt eine Zielsumme fest, spendet selbst einen kleinen monatlichen Betrag und geht dann auf Unterstützsuche im Freundes- und Familienkreis damit das »Fund-Raising-Thermometer« auf der eigenen Internetseite kräftig steigt.

Bereits im Sommer 2008 existierten über 8.000 internetbasierte Unterstützerguppen und über 750.000 freiwillige Wahlkampfhelfer hatten sich registriert. Wer wollte, konnte auf die Straße gehen, die andern klickten den »Make a Call«-Knopf auf ihrem Bildschirm (oder Smartphone) und erhielten eine Liste mit Telefonnummern von registrierten Wählern in ihrer Nachbarschaft, die agitiert werden mussten. Politische Nachrichten wurden per Textnachricht und über E-Mail-Listen täglich millionenfach versendet; für Mobiltelefone gab es insgesamt zwölf Obama-Klingeltöne, sodass unentschlossene Eltern mit dem Slogan »Yes we can« beschallt werden konnten.

Auf diese Weise kamen weit über drei Millionen Spender zusammen, die sagenhaften 750 Millionen Dollar setzten sich im Mittel aus Einzelbeiträgen von durchschnittlich 68 Dollar zusammen – eine Form politischer Partizipation sondergleichen. Die Internetaktivitäten der Obama-Kampagne wurden von Chris Hughes betreut, einem Online-Guru und Mitbegründer von *FaceBook*. Leute wie er haben Ideen, auf die jemand, der noch im Zeitalter der Schreibmaschine groß geworden ist, nicht kommt. Joe Bidens Wahl als Kandidat für die Vizepräsidentschaft wurde am 23. August 2008 um drei Uhr nachts millionenfach per SMS verkündet und selbst in virtuellen Autorennspielen der Microsoft Videokonsole X-Box 360 tauchten Obamas Wahlplakate auf: »The Medium is the Message«; das Medium der Vermittlung wird selbst zum politischen Argument.

Die vielleicht kreativste und zugleich beängstigende Variante dieses virtuellen Schachspiels offerierte das Obama-Team in den Wochen vor der Wahl. 2008 hatten sich besonders viele Wähler Briefwahlunterlagen bestellt und in einer Reihe von Bundesstaaten war die Stimmabgabe im Wahllokal bereits ein oder zwei Wochen vor dem 4. November möglich, um den zu erwartenden Ansturm zu mildern. In den Datenbanken der

Obama-Kampagne wurden Information darüber gesammelt, welche der registrierten demokratischen und unabhängigen Wähler bereits ihre Stimme abgegeben hatten. Die Kampagne nutzte ein Softwareprogramm für das Apple iPhone und neuere Mobiltelefone, welches das »eigene« Adressbuch nach den besonders umkämpften Bundesstaaten sortierte, sich in die Datenbanken der Kampagne einwählte und dann Auskunft darüber gab, welcher der im Adressverzeichnis enthaltenen Freunde und Bekannten noch nicht gewählt hatte und umgehend angerufen werden musste.

Strategische Herausforderungen für die Republikanische Partei

In absoluten Zahlen scheint die Niederlage der Republikanischen Partei weniger dramatisch, als es die Wahlmannstimmen der Einzelstaaten ausdrücken. Etwas mehr als 52 Prozent der Amerikaner stimmten für Barack Obama und rund 46 Prozent für John McCain. Die meisten anderen Indikatoren sind jedoch verheerend. Die Republikaner konnten nur knapp ein Drittel der katholischen Stammwähler binden und trotz John McCains fortschrittlicher Positionen in Sachen Immigrationsreform sackte die Unterstützung bei den Latinos deutlich ab. Besonders im schnell wachsenden Südwesten, der Zukunftsregion der USA, erzielte Barack Obama wichtige und unerwartet deutliche Erfolge. In New Mexico, dem Bundesstaat mit dem höchsten Latino-Anteil, hatte George Bush im Jahr 2004 noch mit einem hauchdünnen Vorsprung gewonnen, 2008 lag John McCain 16 Prozentpunkte hinter seinem demokratischen Gegner zurück. Nevada, der am schnellsten wachsende Bundesstaat fiel mit sensationellen 13 Prozent Vorsprung an Obama, Colorado ebenfalls. Sogar in McCains Heimatstaat Arizona wurde das Rennen enger als erwartet.

In diesem Ergebnis spiegelt sich vor allem ein dramatischer Bedeutungsverlust der Republikaner unter den großen Minderheitengruppen wider. Das ist ein Problem, denn schon um das Jahr 2040 werden die USA keine weiße Bevölkerungsmehrheit mehr haben. Bereits der visuelle Eindruck der Parteitage bestätigte den Eindruck einer Partei des alten Amerika: In St. Paul, Minnesota, waren nur etwa 60 schwarze Republikaner unter den knapp 3 000 Delegierten. In den vergangenen sechs Jahren ist kein schwarzer Republikaner in den Senat, das

Abgeordnetenhaus oder als Gouverneur gewählt worden – was die aktive Beteiligung von Minderheiten angeht, findet sich die Republikanische Partei des Jahres 2008 auf dem Stand von 1964 wieder. Diese immensen demographischen Herausforderungen sind jedoch nicht die einzigen. Die Partei ist nach der Niederlage von John McCain führungslos und es gibt sichtbare politische Sollbruchstellen entlang der drei wichtigsten Fraktionslinien: den letzten Neokonservativen, den geschwächten Evangelikalen und den seit acht Jahren marginalisierten Realisten in der Mitte.

Der Unterschied zum Jahr 2004 ist frappierend; damals hatte George Bush mit einer enormen Wählermobilisierung und solider Unterstützung der Latinos den alles entscheidenden Sieg in Florida errungen. Die hohe Wahlbeteiligung kam nicht, wie allgemein erwartet, den Demokraten zugute. George Bush gewann in fünf von sechs Bundesstaaten mit der höchsten Wahlbeteiligung ihrer Geschichte. Auch dass nahezu die Hälfte der Latinos konservativ wählen würde, erwartete damals niemand.

Die Republikaner hatten erkannt, dass Bildungserfahrungen und sozialer Aufstieg die Gruppe der Latinos uneinheitlicher werden ließen. Die Hälfte von ihnen charakterisierte sich in der letzten Volkszählung als »weiß« – man wollte nicht mehr als Mitglied einer benachteiligten Minderheit angesehen und angesprochen werden. Die Demokraten begingen damals den Fehler, dem Minderheitenbild der 70er Jahre zu folgen: Schwarze, braune und gelbe Amerikaner galten ihnen vor allem als sozial benachteiligt und darum für demokratische Wohlfahrtspolitik empfänglich. Das war aber längst nicht mehr der Fall, weil viele Latinos inzwischen ganz gewöhnliche Amerikaner geworden waren und ebenso für konservative Politik ansprechbar waren wie 52 Millionen andere. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Minderheitengruppen, die Schwarzen eingeschlossen, nicht mehr en bloc wählten. Die Zukunftsperspektiven für die Republikaner schienen nicht schlecht.

2007 und 2008 präsentierte sich jedoch eine zerrissene Partei, die durch die Blockade der Immigrationsreform die Unterstützung bei vielen Latinos verspielt hatte. Hinzu kam die unprofessionelle und ignorante Reaktion der Bundesregierung auf die Zerstörung Louisianas durch Hurrikan Katrina, wodurch eine ganze Generation schwarzer Wähler sich von den

Republikanern abwandte. Das Desaster in New Orleans ist die vielleicht treffendste Metapher für eine republikanische Partei, deren politische Grundfeste in den vergangenen acht Jahren von neokonservativen und korporatistischen Strömungen unterspült wurden. Die Führungslosigkeit zeigte sich im Vorwahlkampf: Die Kandidaten der Parteirechten, Mitt Romney aus Massachusetts, und der ehemalige Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee, machten sich gegenseitig die Stimmen streitig, Rudi Giuliani, New Yorks früherer Bürgermeister, kam nie richtig in Schwung und am Ende setzte sich mit John McCain ein trotziger Außenseiter durch, der nicht souverän siegte, sondern eher in die Nominierung hineinstolperte.

Im Wahlkampf gegen Barack Obama gelang es John McCain nicht einmal mit rauen Absetzbewegungen, sich vollends von der politischen Radioaktivität des Weißen Hauses zu befreien. Die Figur des »Maverick«, den er im Jahr 2000 gegeben hatte, um das gegen Washington gerichtete Ressentiment zu ernten, war unzeitgemäß geworden. Derweil wies George Bush die schlechtesten Umfragewerte auf, die jemals gemessen wurden und übernahm von seinem Vater den Titel des unpopulärsten Präsidenten in der neueren Geschichte der USA. Weniger als ein Drittel der Amerikaner hatte daher im Frühjahr 2008 einen positiven Eindruck von der Republikanischen Partei und deren ungeliebter Kandidat befand sich in einer schier aussichtslosen Situation: von der Parteibasis nicht genügend unterstützt und vom traditionalistischen Establishment kritisch beäugt. John McCain suchte den Ausweg, indem er Aufsehen erregende politische Positionen bezog, mit Sarah Palin eine Überraschkandidatin aus Alaska präsentierte und sich gegenüber der Parteirechten als erkonservativ ausgab, was er nicht ist.

In einer außenpolitischen Schlüsselrede bezeichnete er sich als »realistischer Idealist« und forderte, eine Organisation der 100 führenden Demokratien unter Ausschluss Russlands und Chinas als Konkurrenzveranstaltung zu den Vereinten Nationen ins Leben zu rufen. In der heiß debattierten Einwanderungsfrage verdiente er sich zuerst Anerkennung und Respekt, als er rigoros und gegen rechte Agitatoren in den eigenen Reihen für ein Reformgesetz eintrat, das Migranten ohne Aufenthaltspapiere den Weg in die Legalität eröffnet hätte. Später versuchte John McCain verlorenes konservatives Terrain gutzumachen und

distanzierte sich vom eigenen Gesetzentwurf. Doch seine Parteinahme für Einwanderer hatte ihn schon zu viele Sympathien am rechten Rand gekostet. Sein eklektisches und parteiunabhängiges Reformwesen im Senat brachte ihm ebenfalls reichlich Abneigung ein. James Dobson, einer der Wortführer rechter Evangelikaler, sprach ihm deshalb sogar ab, ein Konservativer zu sein. Er berührte einen wunden Punkt: Mit keiner der republikanischen Traditionslinien, die wichtig für Koalitionen der Wählermobilisierung und intellektuelle Auseinandersetzungen sind, ist John McCain eindeutig identifizierbar gewesen.

Ari Berman schrieb in der liberalen Zeitung *The Nation* vor einigen Jahren, dass John McCains politische Überzeugungen »einem exotischen Cocktail aus Teddy Roosevelt, Barry Goldwater und Ronald Reagan ähnele«, er sei ein Konservativer aus einer Ära »bevor der Konservatismus durch Fundamentalismus und Korporatismus ruiniert wurde.« Bereits in dem höchst unterhaltsamen – aber politisch bizarren republikanischen Kandidatenfeld – drückte sich die Zersplitterung der Partei aus. Sie droht wieder zu einer Sammlungsbewegung zu werden, deren Kern eine Koalition aus Anti-Steuer-Aktivisten, Waffenlobbyisten, Ideologen nationaler Sicherheit und jene umfasst, die darauf bestehen, ihre Kinder zuhause zu unterrichten. Der Slogan vom »mitfühlenden Konservatismus« im ersten George-Bush-Wahlkampf war darauf ausgerichtet, diese nicht ausreichende Basis der Partei um unzufriedene Mittelschichtwähler zu erweitern. Das gelang 2000, aber die politischen Koordinaten änderten sich nach dem 11. September des darauf folgenden Jahres so grundlegend, dass jeder Versuch, die republikanische Partei ins gesellschaftliche Zentrum zu führen, von der Allianz neokonservativer Revolutionäre und kalter Krieger um Dick Cheney und Donald Rumsfeld erstickt wurde. Die Wahlen im Jahr 2004 konnten nur gewonnen werden, indem Angst zum Mittel der Politik gemacht wurde. Angst verlängerte die allgemeine Verunsicherung nach den Anschlägen des 11. September und brachte diese Emotionen gegen Schwulenehe, Abtreibungskliniken und progressive Wertvorstellungen in Stellung.

John McCain hatte keine Chance die disparaten Republikaner zu einen, die Zentrifugalkräfte waren zu groß. Die internen Konflikte und die politische wie demographische Überalterung haben die Partei in eine schwierige Position gebracht – sie steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer

Richtungsentscheidung. David Frum, ehemaliger Redenschreiber von George W. Bush, fordert inzwischen in seinem kürzlich erschienenen Buch *Comeback: Conservatism That Can Win Again*, dass die Partei sich von den letzten drei Jahrzehnten politischer Führung lösen und pragmatische Lösungen suchen muss. Auf einer Diskussionsveranstaltung im konservativen American Enterprise Institute regte er im vergangenen Winter an, dass die Partei darüber nachdenken solle, Zeitthemen wie der Klimakrise mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die Kulturkämpfe und Einwanderung, Schwulenehe und Abtreibung hintan zu stellen.

Ob das gelingen wird ist jedoch fraglich, denn Barack Obama hat die politische Landkarte Amerikas verändert und eine neue demokratische Koalition geschaffen, die den Republikanern erhebliches Kopfzerbrechen bereiten wird. Die Demokraten waren nicht nur in den traditionellen liberalen Hochburgen erfolgreich, sondern auch in Regionen, die als Basis für die Siege von George Bush galten und denen republikanische Wahlstrategen besondere Aufmerksamkeit und Ressourcen zukommen ließen. Die Außenbezirke von Cincinnati in Ohio sind solch eine Region und der legendäre Korridor des Highways I4 in Florida, der Tampa mit Orlando und Daytona Beach verbindet. Hier leben weiße Mittelschichten mit unterdurchschnittlichem Einkommen und überdurchschnittlicher Angst vor Veränderung. Sie waren dankbare Abnehmer der republikanischen Furchtkampagne im Jahr 2004. Diesmal wählten viele von ihnen den demokratischen Hoffnungsträger und beide Bundesstaaten fielen an Barack Obama. Nach dem Verlust von Florida und Ohio war das Rennen gelaufen.

Die geographischen Verschiebungen sind enorm: Im Jahr 2008 schrumpften die Republikaner zu einer Partei des Südens, der Vororte und des Hinterlandes; im Kongress wird kein einziger urbaner Wahldistrikt von ihnen vertreten. Der demokratische Präsident Lyndon B. Johnson hatte 1964 gesagt, dass »der Süden für eine Generation verloren ist«, als er die fortschrittliche Bürgerrechtsgesetzgebung unterzeichnete. Das hat sich als zu optimistisch erwiesen, denn es wurden zwei Generationen daraus. Dank der demographischen Veränderungen und Barack Obama sind einige der Südstaaten erstmals wieder in Reichweite. Vollkommen unklar ist dagegen, ob und wie die Republikaner den Norden in absehbarer Zeit zurückerobern können. Die republikanische Partei bedürfe einer »tiefgehenden Selbstprüfung« sagte

Ex-Außenminister Colin Powell nach der Wahl und viele moderate Republikaner stimmen ihm zu. Sie haben jedoch in der fragmentierten Partei nicht genug Einfluss. Die einzige Fraktion, die mit Sarah Palin und Mike Huckabee über landesweit bekannte Persönlichkeiten verfügt, ist die Parteirechte. Sie befindet sich in »Jetzt-erst-Recht«-Stimmung und glaubt, dass die gleichen konservativen Slogans in vier Jahren einfach in größerer Lautstärke ausgerufen werden müssen.

Innenpolitische Baustellen: Wirtschaft, Gesundheitsversorgung, Energiepolitik, Migration

Die Euphorie des Wahlsieges ist angesichts der schier unglaublichen Probleme schnell verebbt; Barack Obama war schon während seiner Siegesrede in Chicago darauf bedacht, den Ton richtig zu setzen und auf die bevorstehenden Härten hinzuweisen. Seine Erfolge werden vor allem mit Blick auf die Finanz- und Immobilienkrise gemessen werden, hier ist der Handlungsbedarf am größten. Doch darüber hinaus gibt es drei weitere, besonders brennende innenpolitische Probleme: die fehlende Krankenversicherung für über 40 Millionen Amerikaner, die Einwanderungsreform einschließlich der Legalisierung von zwölf Millionen Illegalen und eine grundlegende Neuorientierung in den Bereichen Energieproduktion und -verbrauch.

Die Heilung eines lädierten Krankenversicherungssystems hatte sich schon Hillary Clinton als First Lady im Jahr 1993 auf die Fahnen geschrieben und scheiterte grandios. Während der vergangenen 15 Jahre hat sich die Situation wegen der ansteigenden Zahl Nichtversicherter und den explodierenden Behandlungskosten weiter verschärft. In Kombination mit einer in ihren Ausmaßen noch unabsehbaren Wirtschaftskrise und dem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit wird schon diese politische Aufgabe eine unverhältnismäßig große Kraftanstrengung der Obama-Administration erfordern – mit unklaren Erfolgsaussichten.

Was die Migrationsreform und Legalisierung undokumentierter Einwanderer angeht, hat sich Barack Obama während der Wahlkampagne sehr vorsichtig verhalten. In der politischen Plattform seiner Kampagne heißt es zwar, er setze sich für eine erhöhte Zahl von gut ausgebildeten Einwanderern ein – eine Forderung die besonders von der IT-Industrie massiv vorgetragen wird –, aber

angeblich auch dafür, dass mit einer Gesetzesreform den Illegalen ein Weg zum Bleiberecht eröffnet wird. Als der liberale Senator Ted Kennedy und John McCain gemeinsam einen Gesetzesentwurf in den Senat einbrachten, der genau diese Maßnahmen vorsah, hielt sich Barack Obama im Hintergrund. Es gibt Berater in seinem Umfeld, die sagen, Migrationsreform sei eigentlich ein »second term issue«, ein Gegenstand für die zweite Amtszeit, wenn keine Wiederwahl mehr ansteht. Am Umgang mit dem Einwanderungsthema wird sich ablesen lassen, wie risikobereit und selbstbewusst die neue Administration ist.

Noch eine Woche vor der Wahl lobte der Energieexperte John Podesta die deutsche Vorreiterrolle in Umweltfragen, an der die USA sich ein Beispiel nehmen sollten. Er sprach damit einen Politikbereich an, in dem Barack Obama avancierte Positionen vertreten hat. Auch hat sich innerhalb der vergangenen Jahre in den USA ein breiter Konsens für eine neue Energiepolitik gebildet. Die Koalition der grünen Politiker reicht von Neokonservativen, die Saudi-Arabien und den politischen Einfluss der Ölgelder hassen, bis hin zu demokratischen Ökologen.

Große Mengen Investitionskapital fließen in die Solarindustrie Neu-Mexikos sowie Arizonas und Firmen wie Google mit ihrem einflussreichen *Clean Energy 2030* Projekt treiben die Entwicklung im Hochtechnologiebereich voran. Strenge Umweltgesetzgebung in Oregon und Kalifornien haben Standards gesetzt, an denen sich viele andere Bundesstaaten inzwischen orientieren und die Bevölkerung zieht ebenfalls mit. Autos mit Hybridantrieb verbuchen bereits zwei Prozent Marktanteil, im Mai vergangenen Jahres verkaufte Toyota den Millionsten Prius in den Vereinigten Staaten. Für das immense Vorhaben, die gesamte Energiestruktur umzukrempeln und auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts auszurichten, eröffnet die Wirtschaftskrise durchaus Chancen. Die Obama-Administration wird versuchen, im Bereich moderner Energieproduktion und Ressourcennutzung große Mengen Arbeitsplätze zu schaffen. Das soll durch staatliche Arbeitsprogramme wie einst unter Franklin D. Roosevelt mit der Tennessee Valley Authority während der Wirtschaftskrise der 30er Jahre geschehen. Damals ging es um die Entwicklung und Elektrifizierung des Südens, um nachholende Entwicklung. In den kommenden Jahren geht es, mit Barack Obamas eigenen Worten, um nicht weniger, als einen bedrohten

Planeten zu Hilfe zu kommen.

Diese innenpolitischen Herausforderungen werden erhebliche Kräfte der neuen Regierung absorbieren. Hinzu kommt, dass in den USA ein echter Regierungswechsel stattfindet und nicht nur Minister und ihre engsten Mitarbeiter ausgetauscht werden – wie in Deutschland. Insgesamt 6 000 politische Posten sind neu zu besetzen, etwa zehn Prozent davon müssen in einem aufwendigen öffentlichen Verfahren durch den Senat bestätigt werden. Als Bill Clinton seinerzeit schlecht vorbereitet in das Weiße Haus einzog, waren nach über einem Jahr noch immer nicht alle von ihm nominierten Mitarbeiter auf ihren Posten. Barack Obama will sicherstellen, dass ihm nicht der gleiche Fehler unterläuft und hat bereits im September in aller Stille ein Übergangsteam unter der Leitung von John Podesta zusammengestellt. Der Stabschef aus Bill Clintons zweiter Amtszeit gilt als einer der klügsten und besten demokratischen Aktivisten in Washington und führt ein strenges Regiment, um das Obama-Team innerhalb kürzester Zeit in Stellung zu bringen.

Das Ende der Freihandelsära: Ökonomie und internationale Politik

Die aktuellen amerikanischen Diskussionen darüber, wie auf die Krise zu reagieren sei, legen den Schluss nahe, dass die seit 1981 andauernde Freihandelsära billigen Geldes und verlässlicher Zinsen, wie sie die amerikanische Politik von Ronald Reagan über George H. W. Bush, Bill Clinton bis hin zur letzten Administration prägte, Geschichte ist. Die immer vehementer vorgetragenen, gegenläufigen Vorschläge sind vielfältig: Forderungen nach Protektionismus im Investmentbereich wegen zu großen Einflusses ausländischer und privatwirtschaftlicher Eigeninteressen, stärkere Kapitalmarktkontrolle und Reduktion der Volatilität sowie eine gemeinsame Agenda der internationalen Gemeinschaft zwecks Management der Kapitalflüsse, aber auch bessere Abstimmung mit internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank. Diese Debatten richten sich vor allem an die politische Entscheidungsebene. Wie sich die ökonomische Ungewissheit in der Gesellschaft insgesamt auswirken wird, ist vollkommen unkalkulierbar. Es ist durchaus denkbar, dass zu erwartende soziale Verwerfungen innerhalb kurzer Zeit das politische Umfeld radikal verändern.

Zwar wird sich Barack Obama auf einen größeren Vertrauensvorschuss stützen können als sein Vorgänger, aber ob er den Erwartungen der Wähler und den Ansprüchen der soliden demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern gerecht werden kann, ist eine offene Frage. Die Wucht der Krise ist enorm, denn der drohende Zusammenbruch der Automobilindustrie trifft den Kern der amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Und er gefährdet selbst profitable Hersteller wegen der großen Zentralisierung im Zulieferermarkt. Da die Vereinigten Staaten bereits in den 40er Jahren die erste Umzugswelle in die Vororte großer Städte erlebten und diese Entwicklung sich seitdem fortsetzte, sind die Entfernungen zu Stadtzentren und Arbeitsplätzen oft enorm. In vielen Landesteilen ist ein Überleben ohne PKW unmöglich. Die Immobilienkrise trifft die USA ebenfalls härter als Europa, denn hier ist die Hausbesitzerquote fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Bei geringer Sparquote ist das Hauseigentum oft wichtigster Bestandteil der Altersversorgung, die wegen der Verschuldungskrise und steigender Arbeitslosigkeit ohnehin unter Druck steht.

Die meisten Wirtschaftsfachleute sind sich darin einig, dass die preiswerten Warenimporte die Inflation in den USA niedrig hielten und der Export die Wirtschaft davor bewahrte, in eine Rezession zu fallen. Also sei eher mehr als weniger multilaterales Engagement notwendig und auch im Interesse der Vereinigten Staaten – etwa durch die Etablierung einer Freihandelszone in der westlichen Hemisphäre. Doch die aktuellen innenpolitischen Verwerfungen könnten diese Agenda unterminieren, weil wichtige demokratische Politiker ihre Positionen nicht eindeutig definiert haben. Trotz aller multilateraler Sympathiebekundungen haben sowohl Hillary Clinton als auch Barack Obama während ihrer Wahlkampagne sich beispielsweise der populistischen Forderung verschrieben, das NAFTA-Freihandelsabkommen mit Mexiko neu zu verhandeln. Die kaum zu lösende Spannung zwischen innenpolitischen Erwartungen und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten wird Barack Obama während seiner gesamten ersten Amtszeit begleiten.

Im besten Fall setzen sich die sozialliberalen Internationalisten durch und konzentrieren die wirtschaftspolitischen Energien der neuen Administration auf China, Lateinamerika, Indien und Russland und geben Themen wie Energiekooperation, wirtschaftliche Integration und

Umweltschutz den zentralen Stellenwert, den sie verdienen. Auch im Bereich der Armutsbekämpfung sind die demokratischen Positionen avanciert und vom entwicklungspolitischen Konsens in Deutschland nicht weit entfernt. Hier kann sich die Administration auf erhebliches Wohlwollen in der Bevölkerung stützen: Die individuellen Spenden der Amerikaner in diesem Bereich belaufen sich auf etwa 26 Milliarden US-Dollar (19,25 Milliarden EURO) pro Jahr und mehr als 50 000 Amerikaner leisten jährlich ehrenamtliche Arbeit außerhalb des Landes. Allerdings ist allen Beteiligten klar, dass mit Entwicklungshilfe allein heute kein internationales Konfliktfeld mehr zu befrieden ist.

Trotz dieser außenpolitischen Erfordernisse standen in Barack Obamas wöchentlicher Radioansprache Anfang Januar, in der er die Eckpunkte eines amerikanischen Aufschwungs- und Reinvestitionsplans mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 675 bis 775 Milliarden US-Dollar formulierte, nur innenpolitische Bedürfnisse im Vordergrund. Er versprach:

- die Verdopplung der Produktion erneuerbarer Energien und größere Energieeffizienz von Gebäuden
- die Modernisierung von Straßen, Brücken und öffentlichen Schulen
- die Digitalisierung des Gesundheitssystems
- die Modernisierung von Hochschulen, Laboratorien und Bibliotheken
- Steuererleichterungen für amerikanische Arbeiter.

Hinzu kommt, dass die Finanz-, Immobilien- und Wachstumskrise die USA und westliche Industriestaaten zu einem Zeitpunkt schwächt, an dem eine Reihe neuer Mächte die internationale Bühne betreten: von China und Indien über Russland bis hin zu den Golfstaaten. Die *Brookings Institution* in Washington schätzt, dass die so genannten BRIC Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) im Jahr 2030 mit den G7-Ländern gleichziehen und beide Blöcke etwa ein Drittel der globalen Produktionsleistung stellen. In der Ära des Kalten Kriegs lag das Verhältnis noch bei etwa 65 zu sieben Prozent. Dieser internationale Zusammenhang ist nicht nur wegen der engen ökonomischen Verflechtungen wichtig, er signalisiert auch eine neue Qualität, wie über Politik und Ökonomie gesprochen werden muss. Heute sind außenpolitische und weltwirtschaftliche Fragen weit weniger voneinander separierbar als etwa im Kalten Krieg. Finanzielle Krisen, Energieengpässe und Pandemien haben unmittelbare Auswirkungen

auf innenpolitische Diskussionen – wegen der herausgehobenen internationalen Rolle gilt dies für die USA noch mehr als in anderen Staaten.

Eine weitere neue Dimension kommt hinzu: Erstmals seit 1989 gibt es wieder eine ernst zu nehmende Systemkonkurrenz, wenngleich noch nicht in voller Schärfe ausgeprägt. Der Aufstieg Chinas mit seinem autoritären wirtschaftlichen Wachstumsmodell und bemerkenswerten Erfolgen in der Armutsbekämpfung hat die politischen Frontlinien verändert. Nach der Implosion der realsozialistischen Systeme existiert wieder ein mit dem Westen konkurrierendes Entwicklungsmodell, in dem individuelle Rechte und demokratische Partizipation eine nur untergeordnete Rolle spielen. Die westlichen Demokratien haben keine strategische Antwort auf dieses Dilemma und politische Forderungen an China oder Russland nach Marktöffnung und Demokratie werden angesichts der de-facto Verstaatlichung von Banken und Großunternehmen in den USA nicht unbedingt glaubwürdiger. Im Gegenteil, solche Interventionen sind eher eine Ermutigung für staatliche Eingriffe in anderen Bereichen. Diese Veränderungen sind wichtig, denn sie delegitimieren ein politisches Modernisierungsmodell, das seit den 80er Jahren fester Bestandteil der Außenpolitik westlicher Industriestaaten ist.

Alle neuen wirtschaftspolitischen Pläne stehen darüber hinaus unter dem Vorbehalt der größten Kreditinfusion in der amerikanischen Geschichte und ihrer kaum abschätzbaren mittelfristigen Konsequenzen. Allein im vergangenen Jahr hat die Regierung hunderte Milliarden US-Dollar direkt investiert und Garantien für Einlagen, Kredite und Vermögenswerte von über acht Billionen US-Dollar (8 000 000 000 000 \$) übernommen. Ihr Volumen ist größer als die addierten Kosten für die Louisiana Purchase (1803 kauften die USA von Frankreich knapp ein Viertel des heutigen Territoriums), den New Deal, den Marshall Plan, den Koreakrieg, den Vietnamkrieg und die Hypothekenkrise Ende der 80er Jahre. Gleichzeitig verringert sich der Wettbewerbsvorteil bei Infrastruktur und Forschung. Schätzungen für die Arbeitslosenquote liegen zwischen acht und zwölf Prozent, das Haushaltsdefizit wird in den kommenden Jahren sechs bis neun Prozent betragen. Hinzu kommt der schlechte finanzielle Zustand vieler Bundesstaaten und Verwaltungsbezirke, die unter Steuerausfällen und Engpässen am Rentenmarkt besonders stark leiden. Die Krise wirkt sich auf so vielen Ebenen des Wirtschafts- und Arbeitslebens aus, dass die neue

Administration an zahlreichen Stellen gleichzeitig aktiv werden muss. Es bleibt abzuwarten, in welchem Verhältnis notwendige und unpopuläre Reformen zu den Konzessionen an die Bevölkerung stehen, die bereits im Herbst 2011 bei den nächsten Midterm-Wahlen über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und des Senats entscheiden.

Außenpolitische Neuausrichtung und transatlantischer Ausblick

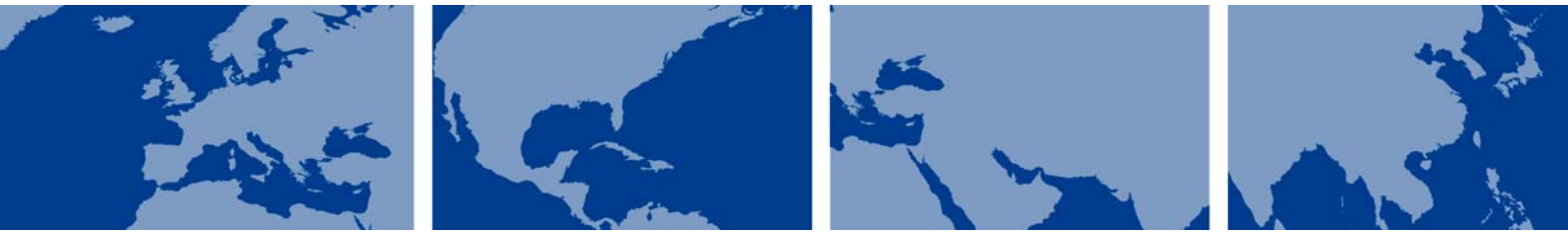
In der gegenwärtigen Situation ist es illusorisch, außen- und wirtschaftspolitische Probleme von einander getrennt diskutieren oder lösen zu wollen. Der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten sowie die Ablösung des Dollars als internationale Leitwährung beeinflussen einander stärker als dies in der Stabilitätsepoche des Kalten Krieges abzusehen war. Zu den Reaktionen auf die Glaubwürdigkeitskrise der USA gehört auch die Verschiebung von Entwicklungsdynamik und Macht vom atlantischen in den pazifischen Raum – eine Entwicklung, die Zbigniew Brzezinski kürzlich in London als »globales politisches Erwachen« beschrieb. Für Europa, dessen wirtschaftliche und Energieinteressen keineswegs mit den amerikanischen identisch sind, ist diese Entwicklung von grundlegender Bedeutung. Vieles weist darauf hin, dass das 21. Jahrhundert ein Pazifisches sein wird. Hinzu kommt, dass die USA militärisch und geostrategisch auf absehbare Zeit in der Region zwischen Suez-Kanal und Indien feststecken. Viele der genannten Faktoren haben zur Konsequenz, dass Europa geografisch und politisch vom Zentrum der Weltgeschichte an den Rand gedrängt wird, wenn nicht eine bewusste Entscheidung getroffen wird, gemeinsam mit den USA ein Äquilibrium zwischen Atlantik und Pazifik herzustellen.

Amerika braucht die Unterstützung Europas, weil sich die strategische Aufmerksamkeit angesichts der außenpolitischen Brandherde auf andere Orte richtet: die Kriege in Irak und Afghanistan, den drohenden Zerfall Pakistans, die mittelfristige Herausforderung durch die nuklearen Bestrebungen des Iran, die erforderliche strategische Neuausrichtung gegenüber Russland und die Notwendigkeit, belastbare Arbeitsbeziehungen mit China zu etablieren. Weil die USA diese Anforderungen nicht alleine bewältigen können, ist die Erwartungshaltung gegenüber Europa hoch. Den demokratischen Außenpolitikern ist bewusst, dass für viele Europäer George Bush ein bequemer

Partner war, gab er doch ein innenpolitisch nützliches Feindbild ab und stellte kaum Forderungen. Diese Annehmlichkeiten sind nun vorbei, denn Barack Obamas erste Europareise könnte anlässlich des deutsch-französischen NATO-Gipfels in der ersten Aprilwoche stattfinden. Er wird unter erheblichem Druck stehen, die europäischen Verbündeten zu mehr geopolitischer Verantwortung auf allen Ebenen zu bewegen. Gelingt dies nicht, ist Barack Obama innenpolitisch geschwächt. Bill Clinton war mit ähnlichen Versprechen angetreten was die Beziehung Amerikas zum Rest der Welt angeht. Als er nach zwei Jahren keine Erfolge vorweisen konnte, wurden bei den Zwischenwahlen die isolationistischen Republikaner gleich zu Dutzenden in den Kongress gewählt.

Aus dieser Gemengelage ergeben sich zwei Imperative: Europa muss global aktiv sein, um mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten und es muss die Frage der strategischen Ausrichtung seiner Politik gegenüber den USA und Russland beantworten. Mit der Vorstellung einer Äquidistanz zwischen beiden Mächten wird sich das atlantische Bündnis nicht dauerhaft stabilisieren lassen. Die westeuropäische Haltung zu Russland könnte etwa durch eine eigene China- und Mittelmeerpolitik weltpolitisch aufgelöst werden – und zwar in Bereichen, in denen die neuen russischen Oligarchen mit Rohstoffverknappung und geliehenem Geld nicht intervenieren können.

Die neue US-Administration benötigt europäische Unterstützung, um eine in Unordnung geratene Welt zu festigen. Aller Ermüdungserscheinungen ungeachtet bleiben die Vereinigten Staaten zentral für die Erhaltung der gegenwärtigen Weltordnung, auch wenn neue Akteure außerhalb des Westens integriert und beteiligt werden müssen. Barack Obama wird deshalb versuchen ein globales Managementsystem zu etablieren, das offener und inklusiver ist als in den vergangenen Jahren. Der Druck ist hoch, denn die politischen Optionen der USA sind limitiert wie nur selten zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ob diese Schwäche zur Wiederbelebung der amerikanischen Stärken führt, werden die kommenden Jahre zeigen – die Antwort wird auch von den Entscheidungen in Europa abhängen.



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-032-7

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Astrid Hill
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (03) 26935-9248

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.